

ANTRAG 3

der NÖAAB-FCG – AK Fraktion

an die 4. AKNÖ Kammer-Vollversammlung der XV. Funktionsperiode
am 28. Oktober 2015

Einführung einer Finanztransaktionssteuer

Es darf nicht sein, dass Finanzjongleure mit ihren hochriskanten Geschäften auf einem liberalen Finanzmarkt ohne Spielregeln, die Realwirtschaft ein ums andere Mal an den existenziellen Abgrund drängen und der Steuerzahler mit milliardenschweren Rettungspaketen einspringen muss, während die Verursacher der Misere ihre Gewinne bunkern.

Die Gewinne aus der Geldwirtschaft haben diejenigen aus der Realwirtschaft um ein Vielfaches übertroffen, unterliegen aber keiner adäquaten Besteuerung. Schätzungen gehen davon aus, dass sich der weltweite Geldhandel täglich auf mehr als 1.000 Milliarden EURO beläuft.

Um auch den internationalen Geldhandel einer Besteuerung zu unterziehen, schlagen wir eine Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene vor. Dieser auch mittlerweile erdachte Steuersatz liegt extrem niedrig und wird auch mittlerweile unter den EU-Finanzminister diskutiert. Besteuert würden alle grenzüberschreitenden Geldtransfers mit dieser einheitlichen Steuerlast.

Die Besteuerung würde mit Sicherheit nachhaltige und langfristige Investments fördern und andererseits frische Geldquellen für europäische Projekte anzapfen. Die Einführung dieser Finanztransaktionssteuer macht nur auf europäischer Ebene Sinn.

Eines ist klar: es kann nicht nur der kleine Steuerzahler für den Schuldenberg aufkommen. Eine EU-weite Finanztransaktionssteuer soll die Finanzbranche an den Kosten der Schuldenkrise beteiligen.

Die NÖAAB-FCG AK-Fraktion stellt in der 4. Vollversammlung der XV. Funktionsperiode der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich den Antrag, den Bundesgesetzgeber aufzufordern, sich auf europäischer Ebene für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer einzusetzen, um die Finanzbranche an den Kosten der mitverursachten Schuldenkrise zu beteiligen.